

An die
Mitglieder des Finanzausschusses
des Kreises Warendorf

nachrichtlich:
allen übrigen Kreistagsmitgliedern

Warendorf, den 05.09.2022

Einladung

**zur Sitzung des Finanzausschusses
am Freitag, dem 16.09.2022, um 09:00 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie ein zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses

**am Freitag, dem 16.09.2022, um 09:00 Uhr,
im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf
(4. OG, Raum C 4.26).**

Tagesordnung:**I. Öffentlicher Teil**

- | | | |
|---|--|-----------------|
| 1 | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 2 | Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen der Finanzwirtschaft | 161/2022 |
| 3 | Bericht zur Haushaltssituation 2022 mit Ausblick auf 2023 | 157/2022 |
| 4 | Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF – Budgetregeln – aufgrund der Zusammenlegung zweier Ämter | 156/2022 |
| 5 | Anpassung der Entgeltordnung für die Nutzung von Einrichtungen (Veranstaltungsräume) des Kreises Warendorf | 159/2022 |
| 6 | Ergänzung der Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf um Nachhaltigkeitskriterien | 023/2022 |
| 7 | Ausweitung des Kapitalstocks | 138/2022 |

II. Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|---|------------------------------|-----------------|
| 1 | Ausweitung des Kapitalstocks | 139/2022 |
|---|------------------------------|-----------------|

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Kleene-Erke
Vorsitzende

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 161/2022
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen der Finanzwirtschaft

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	16.09.2022

Zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Die Verwaltung möchte die Mitglieder des Finanzausschusses unter diesem Tagesordnungspunkt über aktuelle Themen und Entwicklungen informieren. Insbesondere soll über die Liquiditätsentwicklung, den Gemeindefinanzausgleich 2023 und über die Bundesmittel zur Beteiligung an den Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine und über die Aufwendungen und Auszahlungen zur Energie- und Katastrophenvorsorge berichtet werden.

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 157/2022
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Bericht zur Haushaltssituation 2022 mit Ausblick auf 2023

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	16.09.2022

Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
---------------------------	-----------------------------	--

Zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Der Finanzstatusbericht zum 01.08.2022 wird in der Sitzung mündlich erläutert. Zudem wird über die aktuelle Kostenentwicklung im Rahmen der Unterbringung, Betreuung und Versorgung Schutzsuchender aus der Ukraine berichtet.

Der Finanzstatusbericht wird zurzeit erstellt und in den nächsten Tagen nachgesandt.

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 156/2022
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF – Budgetregeln – aufgrund der Zusammenlegung zweier Ämter

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	16.09.2022
Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	23.09.2022
Kreistag Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	28.10.2022

Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
----------------------------------	-----------------------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Änderung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF – Budgetregeln – aufgrund der Zusammenlegung zweier Ämter wird entsprechend der Vorlage zugestimmt.

Erläuterungen:

Gem. § 83 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) in Verbindung mit § 53 Abs. 1 Kreisordnung NRW (KrO NRW) entscheidet der Kämmerer grundsätzlich über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, wenn der Kreistag keine andere Regelung trifft. Gem. Abs. 2 entscheidet bei erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen der Kreistag. Die Regelung des § 21 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) eröffnet die Möglichkeit, Regelungen zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung zu treffen.

Der Kreis Warendorf hat diese Möglichkeit genutzt und zum 01.01.2007 mit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) die Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF – Budgetregeln – verabschiedet. In dieser zwischenzeitlich angepassten Regelung sind neben der Bildung von Budgets auch die Schwellenwerte für einen Kreistagsbeschluss geregelt.

In 2015 wurde die Regelung modifiziert (s. Vorlage Nr. 184/2015). Vorübergehend wurde die Regelung aufgrund der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf den Haushalt angepasst. Diese Änderungen waren bis zum 31.12.2021 befristet.

Die jeweils aktuellen Budgetregeln sind dem Haushaltsplan als Anlage beigelegt.

Die folgende Regelung aus der Dienstanweisung soll angepasst werden, da das Amt für Bildung, Kultur und Sport und das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien zu einem gemeinsamen Amt umstrukturiert worden sind. Die Bildung des neuen Amtes erfolgte zum 01.08.2022. Das Amt wird zukünftig die Bezeichnung Amt für Jugend und Bildung tragen. Da das Budget des ehemaligen Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien bisher und auch zukünftig separat über die Jugendamtsumlage abgerechnet wird, ist es erforderlich im Amt für Jugend und Bildung zwei getrennte Budgets zu bilden. Die Änderung soll rückwirkend zum 01.08.2022 mit der Bildung des neuen Amtes in Kraft gesetzt werden.

Auszug aus den Budgetregeln:

I. Budgets – Ergebnisplan

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden die Erträge und Aufwendungen sowie die entsprechenden zugehörigen Ein- und Auszahlungen (nicht die Investitionen) zu folgenden Budgets zusammenfasst:

(...)

4. Ämterbudgets

Die übrigen Aufwendungen und Erträge werden entsprechend der Zuständigkeit für die Produkte auf die Ämter aufgeteilt. Hiervon ausgenommen ist das Budget des Amtes für Jugend und Bildung. Dieses Amtsbudget wird in zwei Bereiche aufgeteilt (Bildung, Kultur und Sport / Kinder, Jugendliche und Familien). Die Zuordnung von Ämtern und Produkten ergibt sich aus dem Produktplan.

Anlagen:

Anlage 1_Aktuell geltende Budgetregeln

Anlage 2_ENTWURF neue Budgetregeln

Dienstanweisung
zur
dezentralen Ressourcenverantwortung
im NKF

- Budgetregeln -

I. Budgets - Ergebnisplan

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden die Erträge und Aufwendungen sowie die entsprechenden zugehörigen Ein- und Auszahlungen (nicht die Investitionen!) zu folgenden Budgets zusammengefasst:

1. Personalbudget

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen (Ergebnisplan Positionen 11 und 12) bilden das Personalbudget. Dazu gehören ebenso die entsprechenden Erträge aus dem Personal- und Versorgungsbereich.

2. Abschreibungen / Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Die bilanziellen Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sowie Aufwendungen und Erträge aus der Wertberichtigung und Abschreibung von Forderungen werden zu einem Budget zusammengefasst. Dieses Budget ist von der Geltung der Regelungen unter Nr. II. 3 ausgenommen.

3. Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen bilden produktübergreifend ein Budget.

4. Ämterbudgets

Die übrigen Aufwendungen und Erträge werden entsprechend der Zuständigkeit für die Produkte auf die Ämter aufgeteilt. Die Zuordnung von Ämtern und Produkten ergibt sich aus dem Produktplan.

5. Allgemeine Finanzwirtschaft

Der Produktbereich 16 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ist von der Budgetierung ausgenommen.

II. Grundsätze der Budgetierung

1. Je Budget ist die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.
2. Mehrerträge können für Mehraufwendungen eingesetzt werden.

3. Mindererträge reduzieren die Ermächtigungen für Aufwendungen.
4. Die Grundsätze gelten entsprechend für die Ein- und die Auszahlungen des Ergebnisplans.

III. Genehmigungsvorbehalte

Die Budgetbewirtschaftung steht unter den folgenden Genehmigungsvorbehalten:

Kriterium		Genehmigung	
		Betrag [€]	durch
1.	Überschreitung von Einzelpositionen des Teilergebnisplans bei Einhaltung des Budgets		
a)	Überschreitung Einzelposition Aufwand bei Deckung im Teilergebnisplan eines Produktes	ab 20.000	Kreiskämmerer
b)	Überschreitung Einzelposition Aufwand bei Deckung im Amtsbudget (= Deckung zwischen 2 Produkten)	ab 5.000	Kreiskämmerer

Sofern eine Deckung von Überschreitungen im Budget nicht möglich ist, liegt über- oder außerplanmäßiger Aufwand vor. Die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen richtet sich nach dieser Dienstanweisung (Ziff. III. 2) und nach den Beschlüssen des Kreistages (Ziff. III. 3):

Kriterium		Genehmigung	
		Betrag [€]	durch
2.	Überschreitung des Budgets (= über- oder außerplanmäßiger Aufwand)		
a)	Budgetüberschreitung bei Deckung im Dezernat	bis 5.000	Dezernent
		ab 5.000	Kreiskämmerer
b)	Budgetüberschreitung ohne Deckung im Dezernat	immer	Kreiskämmerer
Erhebliche Budgetüberschreitungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Kreistages (s. Ziff. 3).			
3.	Erhebliche Budgetüberschreitungen i.S. des § 83 Abs. 2 GO		
a)	Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher, tariflicher oder vertraglicher Grundlage beruhen	mehr als 50 % des Ansatzes ¹ und min. 60.000 €	Kreistag
b)	übrige überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	mehr als 20 % des Ansatzes und min. 40.000 €	Kreistag
c)	Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher, tariflicher oder vertraglicher Grundlage beruhen	mehr als 100.000 €	Kreistag
d)	übrige außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	mehr als 30.000 €	Kreistag

Die Regelungen zu den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gelten nicht für Aufwendungen und Auszahlungen von besonderer kommunalpolitischer Bedeutung **oder** mit überdurchschnittlichen Folgekosten.

¹ Ansatz = Einzelposition des jeweiligen Teilplanes eines Produktes

IV. Budget für Investitionen

1. Alle investiven Ein- und Auszahlungen werden innerhalb einer Produktgruppe zu Budgets zusammengefasst.
2. Investive Mehreinzahlungen/Minderauszahlungen berechtigen innerhalb der einzelnen Produktgruppe zu investiven Mehrauszahlungen.
3. Jede Ansatzüberschreitung einer einzelnen Investitionsnummer des Haushaltsplans oder jede außerplanmäßige Investitionsmaßnahme bedarf der Zustimmung des Kämmers.
4. Eine Überschreitung einer Einzelinvestition ist dann erheblich, wenn die Voraussetzungen der Ziffer III. 3. Buchstabe a) – d) vorliegen. Erhebliche Überschreitungen bedürfen der Zustimmung des Kreistages.

V. Budgetverantwortung

1. Verantwortlich für die Bewirtschaftung der Budgets ist gegenüber dem Landrat und dem Kämmers der jeweilige Amtsleiter / die Amtsleiterin.
2. Die Budgetverantwortung bezieht sich vor allem auf die Einhaltung des Budgets und den wirtschaftlichen Mitteleinsatz im jeweiligen Haushaltsjahr. Im einzelnen umfasst die Budgetverantwortung
 - die laufende Überwachung der Ergebnisentwicklung zur Einhaltung des Budgets,
 - die Einhaltung von Zweckbindungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung,
 - die Gegensteuerung bei Fehlentwicklungen innerhalb des Budgets, dabei insbesondere die Ausschöpfung aller Einsparmöglichkeiten innerhalb des Budgets,
 - die unverzügliche Mitteilung von absehbaren Budgetveränderungen und insbesondere von Budgetüberschreitungen auf dem Dienstweg an die Kämmerei.

VI. Berichtswesen / Controlling

1. Die Budgetverantwortlichen sind zu einem finanziellen Berichtswesen verpflichtet. Details der Berichterstattung regelt die Kämmerei.
2. Jährlich sind mindestens drei Berichtsstichtage vorgesehen. Die genauen Termine teilt die Kämmerei den Ämtern rechtzeitig mit.

Warendorf, den 15.12.2015

gez.

Dr. Olaf Gericke

Dienstanweisung
zur
dezentralen Ressourcenverantwortung
im NKF

- ENTWURF Budgetregeln -

I. Budgets - Ergebnisplan

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden die Erträge und Aufwendungen sowie die entsprechenden zugehörigen Ein- und Auszahlungen (nicht die Investitionen!) zu folgenden Budgets zusammengefasst:

1. Personalbudget

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen (Ergebnisplan Positionen 11 und 12) bilden das Personalbudget. Dazu gehören ebenso die entsprechenden Erträge aus dem Personal- und Versorgungsbereich.

2. Abschreibungen / Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Die bilanziellen Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sowie Aufwendungen und Erträge aus der Wertberichtigung und Abschreibung von Forderungen werden zu einem Budget zusammengefasst. Dieses Budget ist von der Geltung der Regelungen unter Nr. II. 3 ausgenommen.

3. Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen bilden produktübergreifend ein Budget.

4. Ämterbudgets

Die übrigen Aufwendungen und Erträge werden entsprechend der Zuständigkeit für die Produkte auf die Ämter aufgeteilt. **Hiervon ausgenommen ist das Budget des Amtes für Jugend und Bildung. Dieses Amtsbudget wird in zwei Bereiche aufgeteilt (Bildung, Kultur und Sport / Kinder, Jugendliche und Familien).** Die Zuordnung von Ämtern und Produkten ergibt sich aus dem Produktplan.

5. Allgemeine Finanzwirtschaft

Der Produktbereich 16 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ist von der Budgetierung ausgenommen.

II. Grundsätze der Budgetierung

1. Je Budget ist die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.
2. Mehrerträge können für Mehraufwendungen eingesetzt werden.

3. Mindererträge reduzieren die Ermächtigungen für Aufwendungen.
4. Die Grundsätze gelten entsprechend für die Ein- und die Auszahlungen des Ergebnisplans.

III. Genehmigungsvorbehalte

Die Budgetbewirtschaftung steht unter den folgenden Genehmigungsvorbehalten:

Kriterium		Genehmigung	
		Betrag [€]	durch
1.	Überschreitung von Einzelpositionen des Teilergebnisplans bei Einhaltung des Budgets		
a)	Überschreitung Einzelposition Aufwand bei Deckung im Teilergebnisplan eines Produktes	ab 20.000	Kreiskämmerer
b)	Überschreitung Einzelposition Aufwand bei Deckung im Amtsbudget (= Deckung zwischen 2 Produkten)	ab 5.000	Kreiskämmerer

Sofern eine Deckung von Überschreitungen im Budget nicht möglich ist, liegt über- oder außerplanmäßiger Aufwand vor. Die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen richtet sich nach dieser Dienstanweisung (Ziff. III. 2) und nach den Beschlüssen des Kreistages (Ziff. III. 3):

Kriterium		Genehmigung	
		Betrag [€]	durch
2.	Überschreitung des Budgets (= über- oder außerplanmäßiger Aufwand)		
a)	Budgetüberschreitung bei Deckung im Dezernat	bis 5.000	Dezernent
		ab 5.000	Kreiskämmerer
b)	Budgetüberschreitung ohne Deckung im Dezernat	immer	Kreiskämmerer
Erhebliche Budgetüberschreitungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Kreistages (s. Ziff. 3).			
3.	Erhebliche Budgetüberschreitungen i.S. des § 83 Abs. 2 GO		
a)	Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher, tariflicher oder vertraglicher Grundlage beruhen	mehr als 50 % des Ansatzes ¹ und min. 60.000 €	Kreistag
b)	übrige überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	mehr als 20 % des Ansatzes und min. 40.000 €	Kreistag
c)	Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher, tariflicher oder vertraglicher Grundlage beruhen	mehr als 100.000 €	Kreistag
d)	übrige außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	mehr als 30.000 €	Kreistag

Die Regelungen zu den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gelten nicht für Aufwendungen und Auszahlungen von besonderer kommunalpolitischer Bedeutung **oder** mit überdurchschnittlichen Folgekosten.

¹ Ansatz = Einzelposition des jeweiligen Teilplanes eines Produktes

IV. Budget für Investitionen

1. Alle investiven Ein- und Auszahlungen werden innerhalb einer Produktgruppe zu Budgets zusammengefasst.
2. Investive Mehreinzahlungen/Minderauszahlungen berechtigen innerhalb der einzelnen Produktgruppe zu investiven Mehrauszahlungen.
3. Jede Ansatzüberschreitung einer einzelnen Investitionsnummer des Haushaltsplans oder jede außerplanmäßige Investitionsmaßnahme bedarf der Zustimmung des Kämmers.
4. Eine Überschreitung einer Einzelinvestition ist dann erheblich, wenn die Voraussetzungen der Ziffer III. 3. Buchstabe a) – d) vorliegen. Erhebliche Überschreitungen bedürfen der Zustimmung des Kreistages.

V. Budgetverantwortung

1. Verantwortlich für die Bewirtschaftung der Budgets ist gegenüber dem Landrat und dem Kämmerer der jeweilige Amtsleiter / die Amtsleiterin.
2. Die Budgetverantwortung bezieht sich vor allem auf die Einhaltung des Budgets und den wirtschaftlichen Mitteleinsatz im jeweiligen Haushaltsjahr. Im einzelnen umfasst die Budgetverantwortung
 - die laufende Überwachung der Ergebnisentwicklung zur Einhaltung des Budgets,
 - die Einhaltung von Zweckbindungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung,
 - die Gegensteuerung bei Fehlentwicklungen innerhalb des Budgets, dabei insbesondere die Ausschöpfung aller Einsparmöglichkeiten innerhalb des Budgets,
 - die unverzügliche Mitteilung von absehbaren Budgetveränderungen und insbesondere von Budgetüberschreitungen auf dem Dienstweg an die Kämmerei.

VI. Berichtswesen / Controlling

1. Die Budgetverantwortlichen sind zu einem finanziellen Berichtswesen verpflichtet. Details der Berichterstattung regelt die Kämmerei.
2. Jährlich sind mindestens drei Berichtsstichtage vorgesehen. Die genauen Termine teilt die Kämmerei den Ämtern rechtzeitig mit.

Warendorf, den _____ 2022

Dr. Olaf Gericke

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 159/2022
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Anpassung der Entgeltordnung für die Nutzung von Einrichtungen (Veranstaltungsräume) des Kreises Warendorf

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	16.09.2022
Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	23.09.2022
Kreistag Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	28.10.2022

Finanzielle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplanentwurf 2023 vorgesehen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Produkt	Nr. 010710	Bez. Immobilienmanagement
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr. 05	Bez. Privatrechtliche Leistungsentgelte
Betrag a) für den Zweck veranschlagt	a) 17.950 EUR (Haushaltsplan 2022: 16.150 EUR)	
b) nunmehr erforderlich	b) + 1.800 EUR p.a.	

Beschlussvorschlag:

Die in der Erläuterung dargestellte preisliche Anpassung der Entgeltordnung für die Nutzung von Einrichtungen (Veranstaltungsräume) des Kreises Warendorf wird beschlossen.

Erläuterungen:

Der Kreis Warendorf überlässt im Einzelfall Kreiseinrichtungen an Dritte. Die Gebrauchsüberlassung ist in der Regel kostenpflichtig. Die Nutzungsentgelte sind in einer Entgeltordnung festgelegt. Preisstand dieser Entgeltordnung ist Dezember 2010. Auf Grund der langen Laufzeit ist es nun angezeigt, die Entgeltordnung preislich zu aktualisieren.

Die Anpassung der Entgelte soll in Anlehnung an den Verbraucherpreisindex erfolgen. Der Index zum Startzeitpunkt 12/2010 beträgt 94,1 Punkte – der Index zum Endzeitpunkt 05/2022 beträgt 117,3 Punkte. Die prozentuale Veränderung beträgt somit 24,7 %. Die Anpassung soll zum 01. November 2022 erfolgen.

Unter Berücksichtigung der prozentualen Steigerung sind für die Nutzung der Einrichtungen des Kreises Warendorf folgende Entgelte zu erheben:

Sporthallen*	Bisheriges Entgelt	Entgelt nach Erhöhung
bis 3 Stunden	49 €	62 €
3 bis 5 Stunden	67 €	84 €
5 bis 8 Stunden	87 €	108 €
mehr als 8 Stunden	97 €	120 €
Zuschlagssatz pro Stunde bei Veranstaltungen mit Ausschank oder Teilnahmegebühren	7 €	9 €

*Vereine des Kreissportbundes (KSB) nutzen die Sporthallen montags bis freitags in der Zeit von 18 Uhr bis 22 Uhr kostenlos. Ebenso für Wochenendnutzungen im Einzelfall.

Klassenräume und Einrichtungen	Bisheriges Entgelt	Entgelt nach Erhöhung
bis 5 Stunden je angefangene Zeitstunde	7 €	9 €
mehr als 5 Stunden	39 €	59 €
Zuschlagssatz bei der Nutzung von Küchen, Computer- und Fachräumen		
bis 5 Stunden je angefangene Zeitstunde	13 €	17 €
mehr als 5 Stunden	77 €	99 €
Zuschlagssatz bei Veranstaltungen mit Teilnahmegebühren		
bis 5 Stunden je angefangene Zeitstunde	13 €	17 €
mehr als 5 Stunden	77 €	99 €

Aulen	Bisheriges Entgelt	Entgelt nach Erhöhung
bis 4 Stunden	129 €	160 €
mehr als 4 Stunden	193 €	240 €
Zuschlagssatz bei Veranstaltungen mit Ausschank, Teilnahmegebühren oder bei Verkaufsveranstaltungen	129 €	160 €

Gewerbliche Nutzung	Bisheriges Entgelt	Entgelt nach Erhöhung
pro Nutzungstag	770 €	960 €

Die Erträge aus den Nutzungsentgelten steigen jährlich um ca. 1800 Euro. Dieser Betrag wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2023 berücksichtigt.

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 023/2022
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Ergänzung der Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf um Nachhaltigkeitskriterien

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	16.09.2022
Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	23.09.2022
Kreistag Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	28.10.2022

Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
----------------------------------	-----------------------------	--

Beschlussvorschlag:

Die als **Anlage 1** um Nachhaltigkeitskriterien ergänzte Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf wird beschlossen.

Erläuterungen:

Der Kreistag hat in einer Sitzung am 18.10.2013 die Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf beschlossen (Vorlage Nr. 465/2013/1) und mit Kreistagsbeschluss (Vorlage Nr. 143/2018/1) am 05.10.2018 angepasst.

Grundlage für die Aufstellung und Überarbeitung ist der bis zum 31.12.2022 gültige Runderlass des Landes NRW („Kommunale Kapitalanlagen“) vom 11.12.2012 (Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales 34 -48.01.01/16 – 416/12). In diesem wird den Kommunen empfohlen, eine örtliche Anlagerichtlinie in Kraft zu setzen. Der Kreis Warendorf ist dieser Empfehlung im Jahr 2013 gefolgt.

Im Runderlass des Landes NRW heißt es: „Sie [die Kommunen] haben bei der Anlage dieses Kapitals [des langfristigen Kapitals] auf eine ausreichende Sicherheit und einen angemessenen Ertrag zu achten (vgl. § 90 Absatz Satz 2 GO NRW)“. Der durch das Landesministerium gewährte Spielraum ermöglicht es den Kommunen in NRW, ihre Anlagerichtlinien so zu gestalten, dass „sachgerechte und vertretbare Rahmenbedingungen“ geschaffen werden. Eine Anlage in nicht nur sichere, sondern auch nachhaltige Finanzanlagen ist möglich.

Grundsätzlich sprechen ethische und moralische Gründe für ein nachhaltiges Investment. Das Thema „Nachhaltigkeit“ spielt an zahlreichen Stellen kommunalen Handelns eine wichtige Rolle. Bereits mit Verabschiedung der Richtlinie im Jahr 2013 wurden Nachhaltigkeitsaspekte durch die Einbindung von sogenannten „Ausschlusskriterien“ berücksichtigt. Im bisherigen § 6 „Ausschlusskriterien“ der Richtlinie heißt es, dass der Kreis Warendorf keine Einzelwerte von Unternehmen erwirbt, deren überwiegende Geschäftstätigkeit in den Bereichen geächtete Waffen oder Rüstungsgüter nach den Definitionen des Kriegswaffenkontrollgesetzes, Tabak oder Pornografie liegt.

Mit der aktuellen Anpassung der Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf soll u. a. der Aspekt der Nachhaltigkeit auf den Bereich der Finanzanlagen ausgeweitet werden.

Zwar existiert keine einheitliche Definition, wann ein Wertpapier oder Fonds als nachhaltig einzustufen ist, aber als Standard nachhaltiger Finanzanlagen hat sich die Begrifflichkeit „ESG“ etabliert. Die drei Buchstaben – die die englischen Begriffe Environmental (Umwelt), Social (Soziales) und Governance (Unternehmensführung) bedeuten – stehen für den Ansatz, im Rahmen der Kapitalanlage bei der Bewertung von Anlageklassen und Emittenten neben finanziellen Leistungskennziffern auch deren nachhaltigkeitsbezogene Qualität zu berücksichtigen.



Beispielhafte Nachhaltigkeitskriterien

Mit der Integration von ESG-Kriterien in die Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen (**s. Anlage 2**) möchte die Verwaltung sicherstellen, dass neben den bereits formulierten Ausschlusskriterien, Vermögensverwalter, Fondsgesellschaften, Portfoliomanager oder sonstige Dritte weitere soziale, ökologische und ethische Nachhaltigkeitskriterien in die Entscheidungsfindung (Investmentprozess) einfließen lassen. Aus Transparenzgründen sollen die genannten Akteure auch verpflichtet werden, die Nachhaltigkeitskonzepte und die verwendeten Kriterien offenzulegen.

Die Beurteilung von Unternehmen, Ländern und Branchen nach Nachhaltigkeitskriterien werden in der Regel von sogenannten Rating- und Researchagenturen vorgenommen. Banken und Asset-Manager arbeiten mit Ratingagenturen zusammen und/ oder nehmen eigene ESG-Bewertungen von Unternehmen und Ländern vor.

Die aktuellen Vermögensverwalter und Portfoliomanager des Kreises Warendorf, die DZ-Privatbank, die BW-Bank sowie der kvw-Versorgungsfonds berücksichtigen bereits ESG-Kriterien in ihren Investmentprozessen.

Um die Diversifikation der Finanzanlagen des Kreises Warendorf weiter voranzutreiben, hat sich der Finanzausschuss für den Aufbau einer vierten Anlagensäule ausgesprochen. Die Verwaltung hat, wie im Vergabeverfahren zur dritten Anlagensäule (BW-Bank), Gespräche mit Bankenvertretern geführt und mit Hilfe einer umfangreichen Bewertungsmatrix die Angebote ausgewertet. Hauptkriterien im letzten Vergabeverfahren waren Sicherheit, Qualität und Preis. Bei der Auswahl der vierten Anlagensäule ist auch das Kriterium „Nachhaltigkeit“ in die Gewichtung eingeflossen. Weiterhin nehmen aber die Kriterien Sicherheit und Qualität (u. a. Renditechancen) eine gewichtige Rolle ein. Die Vorstellung der Ergebnisse des Vergabeverfahrens sowie der Vergabebeschluss selbst erfolgt in der gleichen Sitzungskette mit der Beschlussvorlage Nr. 138/2022.

Nach bisher formulierten Ausschlusskriterien (§ 6 Abs. 1) erwirbt der Kreis Warendorf, neben Tabak und Pornografie auch keine Einzelwerte von Unternehmen, deren überwiegende Geschäftstätigkeit in den Bereichen geächtete Waffen oder Rüstungsgüter nach den Definitionen des Kriegswaffenkontrollgesetzes liegt.

Gemäß diverser internationaler Konventionen gelten Streumunition, Antipersonenminen, Atomwaffen sowie Bio- und Chemiewaffen als geächtete Waffen. Der aufgeführte Ausschluss des Erwerbs dieser Einzelwerte bleibt weiterhin bestehen. Die geächteten Waffen wurden in der Neuformulierung des § 6 Abs. 1 der Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen namentlich hinzugefügt.

Der bisherige Ausschluss von Rüstungsgütern nach den Definitionen des Kriegswaffenkontrollgesetzes wurde entfernt. Das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen regelt die Herstellung, die Überlassung, das Inverkehrbringen, den Erwerb und auch den Transport von Gegenständen, Stoffen und Organismen, die zur Kriegsführung bestimmt sind. Zu den Rüstungsgütern zählen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz Kriegswaffen, die in der Anlage des Gesetzes (Waffenliste) aufgeführt werden. Neben den geächteten Waffen befinden sich in der Waffenliste auch sonstige Kriegswaffen (z. B. Flugkörper, Kampfflugzeuge und –hubschrauber, Kampffahrzeuge, Rohrwaffen und leichte Panzerabwehrwaffen). Da aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine die Beteiligung an Rüstungs- und Waffenunternehmen nicht prinzipiell ausgeschlossen sein sollte, wurde der Bezug zum Kriegswaffenkontrollgesetz in § 6 der Richtlinie überarbeitet.

Die angepasste Anlagerichtlinie tritt am Tag nach ihrer Verabschiedung durch den Kreistag in Kraft und ersetzt die bisherige vom Kreistag beschlossene Anlagerichtlinie.

Anlagen:

Anlage 1_Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf

Anlage 2_Synopse Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf

Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf

Präambel

Mit Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11.12.2012 (Az. 34 – 48.01.01/16 -416/12) sind für die Kommunen Regelungen für längerfristig orientierte Kapitalanlagen getroffen worden. In diesem Zusammenhang ist auch der Erlass einer örtlichen Anlagerichtlinie für längerfristige Kapitalanlagen empfohlen worden.

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Anlagerichtlinie gilt für alle zukünftigen längerfristigen Kapitalanlagen des Kreises Warendorf. Längerfristig im Sinne dieser Richtlinie sind alle Kapitalanlagen, deren Anlagehorizont voraussichtlich mindestens zwei Jahre beträgt.
- (2) Werden Vermögensverwalter, Fondsgesellschaften, Portfoliomanager oder sonstige Dritte erstmals beauftragt, sollen diese Anlagegrundsätze als Vertragsbestandteil in die Vermögensverwaltungsverträge einbezogen werden. Bei bereits bestehenden Vermögensbetreuungsverhältnissen wirkt der Kreis auf die Beachtung dieser Anlagerichtlinie hin.

§ 2

Rahmenbedingungen

Der Kreis Warendorf legt liquide Mittel, die nicht zur Sicherung kurz- und mittelfristiger Liquidität oder Zahlungsabwicklung benötigt werden, längerfristig an. Der Kreis wird sich bei der Anlage dieses Kapitals im Einklang mit der Vorgabe aus § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 90 Abs. 2 Satz 2 GO NRW ¹ an den Erfordernissen von ausreichender Sicherheit und einem angemessenen Ertrag orientieren. Im Zweifel ist dem Aspekt der Sicherheit Vorrang vor dem des Ertrages zu gewähren. Außerdem muss bei der Auswahl der Anlageformen und bei der Anlagedauer die Verpflichtung zur Sicherstellung der Liquidität ausreichend berücksichtigt werden (vgl. § 53 Abs. 1 KrO NRW ² i.V.m. § 75 Abs. 6 GO NRW). ³

§ 3

Anlageziele

Der Kreis Warendorf verfolgt mit seinen längerfristigen Kapitalanlagen das Ziel, rechtzeitig für bereits eingegangene Verpflichtungen, die erst künftig liquiditätswirksam werden, Vorsorge zu treffen. Damit soll eine Verstetigung der Haushaltsbelastungen im Zeitablauf erreicht und ein Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit geleistet werden. Der Kreis Warendorf legt insbesondere zum Zwecke der längerfristigen Sicherung der Ansprüche aus der Beamtenversorgung längerfristig Kapital an. Über weitere Anlageziele entscheidet der Kreistag.

¹ § 90 Abs. 2 Satz 2 GO NRW "Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag erbringen.

² § 53 Abs. 1 KrO NRW "Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung gelten, soweit nicht nachstehend eine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften des 8. und 12. Teils der Gemeindeordnung und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

³ § 75 Abs. 6 GO NRW "Die Liquidität der Gemeinde einschließlich der Finanzierung der Investitionen ist sicherzustellen.

§ 4

Anlagerahmen

- (1) Der Kapitalstock zur Erfüllung späterer Pensionsansprüche der Beamten des Kreises Warendorf soll stetig erhöht werden. Die Erträge aus der Kapitalanlage sind in den Kapitalstock zu reinvestieren. Über die Höhe des weiteren Zuführungsbetrags entscheidet der Kreistag jährlich unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises sowie der Höhe der Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Dies erfolgt regelmäßig durch die Verabschiedung des Haushaltsplans, in dem der geplante Zuführungsbetrag auszuweisen ist. Dabei kann auch ein mehrjähriger Rahmen festgelegt werden. Entsprechendes gilt für die Planung der Entnahmen.
- (2) Das längerfristige Kapitalanlagevermögen darf keinesfalls - auch nicht vorübergehend - zur Deckung von laufenden Aufwendungen oder für Investitionen verwendet werden, die nicht Anlageziel des § 3 dieser Richtlinie sind.

§ 5

Anlageformen

- (1) Bei der Kapitalanlage ist auf eine angemessene Mischung und Streuung der unterschiedlichen Anlageklassen, Einzeltitel und deren Aussteller zu achten. Dabei ist die Basiswährung des Vermögens der Euro.
- (2) Folgende Vorgaben sind bei längerfristigen Kapitalanlagen zu beachten:
 - Einlagen im Sparkassen- sowie im genossenschaftlichen Bereich sind grundsätzlich ohne Einschränkung zulässig, soweit diese durch die besonderen Institutssicherungssysteme geschützt sind. Einlagen bei sonstigen Kreditinstituten sind nur unter folgenden Voraussetzungen möglich:
 - Das Kreditinstitut muss mindestens über ein Investment-Grade-Rating verfügen. Dabei gilt jeweils das schlechteste Rating der drei führenden Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's oder Fitch. Das aktuelle Rating muss vor der Zuschlagerteilung eingeholt werden.
 - Der Anteil des einzelnen Instituts darf zum Zeitpunkt der Einzahlung bezogen auf das gesamte längerfristige Kapitalvermögen maximal bei 20% liegen.
 - Soweit ein Kreditinstitut nicht über ein Rating von den o.g. Ratingagenturen verfügt, darf der Anteil des einzelnen Instituts zum Zeitpunkt der Einzahlung bezogen auf das gesamte längerfristige Kapitalvermögen maximal bei 5% liegen.
 - Effektive Fremdwährungsanlagen außerhalb des EURO-Währungsraums (EWU) sind auf max. 10 % des gesamten langfristigen Kapitalvermögens des Kreises beschränkt. Zur Bestimmung der effektiven Fremdwährungsanlagen sind alle Anlagen und die Einflüsse aus derivativen Positionen des Vermögens zu berücksichtigen.
 - Aktienanlagen sind international zu streuen und auf eine hohe Diversifikation der Einzeltitel ist zu achten. Die Aktienquote ist auf maximal 35 % des gesamten längerfristigen Kapitalvermögens des Kreises beschränkt.
- (3) Dem in der Präambel erwähnten Erlass entsprechend können Anlagen in den Anlageklassen durchgeführt werden, die von den kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen bei solchen Geschäften nach § 16 Abs. 2 des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen (VKZVKG) in der jeweils geltenden Fassung genutzt werden dürfen.

- (4) Es ist darauf zu achten, dass rechtzeitige Entnahmen möglich sind, wenn dies zur Erreichung der Vorgaben des § 2 erforderlich ist.

§ 6

Nachhaltigkeit

- (1) Der Kreis Warendorf erwirbt keine Einzelwerte von Unternehmen, deren überwiegende Geschäftstätigkeit in den Bereichen geächtete Waffen (Streumunition, Antipersonenminen, Atomwaffen, Bio- und Chemiewaffen) sowie Tabak oder Pornografie liegt.
- (2) Der Kreis Warendorf orientiert sich darüber hinaus bei der längerfristigen Kapitalanlage an der Einhaltung ethischer, ökologischer, menschenrechtlicher und demokratischer Standards. Längerfristige Kapitalanlagen in Fonds oder in extern vergebene Vermögensverwaltungsmandate dürfen daher nur erfolgen, wenn Vermögensverwalter, Fondsgesellschaften, Portfoliomanager oder sonstige Dritte auch soziale, ökologische und ethische Nachhaltigkeitskriterien, sogenannte ESG-Kriterien (ESG - Environmental, Social, Governance), in die Entscheidungsfindung einfließen lassen. Entsprechende Nachhaltigkeitskonzepte und die verwendeten Kriterien sind von Vermögensverwaltern, Fondsgesellschaften, Portfoliomanagern oder sonstigen Dritten offenzulegen.

§ 7

Sorgfaltspflichten

- (1) Die Kapitalanlage hat regelmäßig mit der gebotenen Sachkenntnis und Sorgfalt zu erfolgen. Das gilt sowohl bei der Direktanlage als auch bei der Beauftragung Dritter. Eine Direktanlage ist nur dann durchzuführen, wenn der Kreis die Ertragsaussichten und die Risiken eigenständig bewerten kann. Können Ertragsaussichten und /oder Risiken eigenständig nicht beurteilt werden, sind Dritte einzuschalten. Bei der Auswahl Dritter ist darauf zu achten, dass diese über die erforderliche Sachkenntnis verfügen und erwarten lassen, dass die Kapitalanlage mit der gebotenen Sorgfalt nach dieser Richtlinie vorgenommen wird.
- (2) Die Entscheidung des Kreises für eine Anlageform ist durch die Verwaltung zu dokumentieren.
- (3) Alle Konten, Wertpapiere und Depots müssen auf den vollen Namen des Kreises lauten; sie dürfen nicht auf den Namen eines Stelleninhabers oder einer anderen Person ausgestellt werden.

§ 8

Kontrolle und Überwachung

- (1) Das Erreichen der Anlageziele, die Einhaltung der vorgegebenen Anlageformen sowie die Risikosituation der Kapitalanlage werden vom Kreis regelmäßig überwacht.
- (2) Werden Vermögensverwalter, Fondsgesellschaften, Portfoliomanager oder sonstige Dritte mit der längerfristigen Kapitalanlage beauftragt, ist sicherzustellen, dass der Kreis Warendorf mindestens vierteljährlich Berichte erhält, die zur Ertrags- und Risikosituation sowie zu den Anlageformen Stellung nehmen. Mindestens einmal jährlich sollen die Berichte zudem sämtliche Detailpositionen der Kapitalanlage enthalten.
- (3) Die Stimmrechtsausübung in Unternehmensorganen wird aus Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen in der Regel nicht – auch nicht durch Beauftragung Dritter – ausgeübt.

§ 9

Zuständigkeiten

- (1) Zuständig für Anlage und Verwaltung von Kapital sowie für die Kontrolle und Überwachung nach dieser Richtlinie ist die Verwaltung. Die Verwaltung wird unterstützt vom Finanzausschuss, dem ebenfalls die Kontrolle der Einhaltung dieser Richtlinie obliegt. Zu diesem Zweck ist dem Finanzausschuss mindestens zweimal jährlich über die Entwicklung der längerfristigen Kapitalanlagen zu unterrichten, was in der Regel im Rahmen des Finanzstatusberichts erfolgt. Einmal jährlich ist die Entwicklung in geeigneter Form dem Kreistag zur Kenntnis zu bringen. Die Verwaltung wirkt bei den Vermögensverwaltern etc. darauf hin, dass dem Finanzausschuss auf Nachfrage sämtliche Detailpositionen der Kapitalanlage vorgelegt werden.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Verabschiedung durch den Kreistag in Kraft.

Synopse

Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf

alt	neu
<p>Präambel</p> <p>Mit Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11.12.2012 (Az.: 34 – 48.01.01/16 – 416/12) sind für die Kommunen Regelungen für längerfristig orientierte Kapitalanlagen getroffen worden. In diesem Zusammenhang ist auch der Erlass einer örtlichen Anlagerichtlinie für längerfristige Kapitalanlagen empfohlen worden.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>
<p>§ 1 Geltungsbereich</p> <p>(1) Diese Anlagerichtlinie gilt für alle zukünftigen längerfristigen Kapitalanlagen des Kreises Warendorf. Längerfristig im Sinne dieser Richtlinie sind alle Kapitalanlagen, deren Anlagehorizont voraussichtlich mindestens zwei Jahre beträgt.</p> <p>(2) Werden Vermögensverwalter, Fondsgesellschaften, Portfoliomanager oder sonstige Dritte erstmals beauftragt, sollen diese Anlagegrundsätze als Vertragsbestandteil in die Vermögensverwaltungsverträge einbezogen werden. Bei bereits bestehenden Vermögensbetreuungsverhältnissen wirkt der Kreis auf die Beachtung dieser Anlagerichtlinie hin.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>
<p>§ 2 Rahmenbedingungen</p> <p>Der Kreis Warendorf legt liquide Mittel, die nicht zur Sicherung kurz- und mittelfristiger Liquidität oder Zahlungsabwicklung benötigt werden, längerfristig an. Der Kreis wird sich bei der Anlage dieses Kapitals im Einklang mit der Vorgabe aus § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 90 Abs. 2 Satz 2 GO NRW¹ an den Erfordernissen von ausreichender Sicherheit und einem angemessenen Ertrag orientieren. Im Zweifel ist dem Aspekt der Sicherheit Vorrang vor dem des Ertrages zu gewähren.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>

¹ § 90 Abs. 2 Satz 2 GO NRW "Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag erbringen."

alt	neu
<p>Außerdem muss bei der Auswahl der Anlageformen und bei der Anlagedauer die Verpflichtung zur Sicherstellung der Liquidität ausreichend berücksichtigt werden (vgl. § 53 Abs. 1 KrO NRW² i.V.m. § 75 Abs. 6 GO NRW).³</p>	
<p>§ 3 Anlageziele</p> <p>Der Kreis Warendorf verfolgt mit seinen längerfristigen Kapitalanlagen das Ziel, rechtzeitig für bereits eingegangene Verpflichtungen, die erst künftig liquiditätswirksam werden, Vorsorge zu treffen. Damit soll eine Verstärkung der Haushaltsbelastungen im Zeitablauf erreicht und ein Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit geleistet werden. Der Kreis Warendorf legt insbesondere zum Zwecke der längerfristigen Sicherung der Ansprüche aus der Beamtenversorgung längerfristig Kapital an. Über weitere Anlageziele entscheidet der Kreistag.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>
<p>§ 4 Anlagerahmen</p> <p>(1) Der Kapitalstock zur Erfüllung späterer Pensionsansprüche der Beamten des Kreises Warendorf soll stetig erhöht werden. Die Erträge aus der Kapitalanlage sind in den Kapitalstock zu reinvestieren. Über die Höhe des weiteren Zuführungsbetrags entscheidet der Kreistag jährlich unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises sowie der Höhe der Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Dies erfolgt regelmäßig durch die Verabschiedung des Haushaltsplans, in dem der geplante Zuführungsbetrag auszuweisen ist. Dabei kann auch ein mehrjähriger Rahmen festgelegt werden. Entsprechendes gilt für die Planung der Entnahmen.</p> <p>(2) Das längerfristige Kapitalanlagevermögen darf keinesfalls - auch nicht vorübergehend - zur Deckung von laufenden Aufwendungen oder für Investitionen verwendet werden, die nicht Anlageziel des § 3 dieser Richtlinie sind.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>

² § 53 Abs. 1 KrO NRW "Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung gelten, soweit nicht nachstehend eine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften des 8. und 12. Teils der Gemeindeordnung und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

³ § 75 Abs. 6 GO NRW "Die Liquidität der Gemeinde einschließlich der Finanzierung der Investitionen ist sicherzustellen.

alt	neu
<p style="text-align: center;">§ 5 Anlageformen</p> <p>(1) Bei der Kapitalanlage ist auf eine angemessene Mischung und Streuung der unterschiedlichen Anlageklassen, Einzeltitel und deren Aussteller zu achten. Dabei ist die Basiswährung des Vermögens der Euro.</p> <p>(2) Folgende Vorgaben sind bei längerfristigen Kapitalanlagen zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einlagen im Sparkassen- sowie im genossenschaftlichen Bereich sind grundsätzlich ohne Einschränkung zulässig, soweit diese durch die besonderen Institutssicherungssysteme geschützt sind. Einlagen bei sonstigen Kreditinstituten sind nur unter folgenden Voraussetzungen möglich: <ul style="list-style-type: none"> • Das Kreditinstitut muss mindestens über ein Investment-Grade-Rating verfügen. Dabei gilt jeweils das schlechteste Rating der drei führenden Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's oder Fitch. Das aktuelle Rating muss vor der Zuschlagserteilung eingeholt werden. • Der Anteil des einzelnen Instituts darf zum Zeitpunkt der Einzahlung bezogen auf das gesamte längerfristige Kapitalvermögen maximal bei 20% liegen. • Soweit ein Kreditinstitut nicht über ein Rating von den o.g. Ratingagenturen verfügt, darf der Anteil des einzelnen Instituts zum Zeitpunkt der Einzahlung bezogen auf das gesamte längerfristige Kapitalvermögen maximal bei 5% liegen. - Effektive Fremdwährungsanlagen außerhalb des EURO-Währungsraums (EWU) sind auf max. 10 % des gesamten langfristigen Kapitalvermögens des Kreises beschränkt. Zur Bestimmung der effektiven Fremdwährungsanlagen sind alle Anlagen und die Einflüsse aus derivativen Positionen des Vermögens zu berücksichtigen. - Aktienanlagen sind international zu streuen und auf eine hohe Diversifikation der Einzeltitel ist zu achten. Die Aktienquote ist auf maximal 35 % des gesamten längerfristigen Kapitalvermögens des Kreises beschränkt. <p>(3) Dem in der Präambel erwähnten Erlass entsprechend können Anlagen in den Anlageklassen durchgeführt werden, die von den kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen bei solchen Geschäften nach § 16</p>	<p style="text-align: center;"><i>Keine Änderung</i></p>

alt	neu
<p>Abs. 2 des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen (VKZVKG) in der jeweils geltenden Fassung genutzt werden dürfen.</p> <p>(4) Es ist darauf zu achten, dass rechtzeitige Entnahmen möglich sind, wenn dies zur Erreichung der Vorgaben des § 2 erforderlich ist.</p>	
<p>§ 6 Ausschlusskriterien</p> <p>Der Kreis Warendorf erwirbt keine Einzelwerte von Unternehmen, deren überwiegende Geschäftstätigkeit in den Bereichen geächtete Waffen oder Rüstungsgüter nach den Definitionen des Kriegswaffenkontrollgesetzes, Tabak oder Pornografie liegt.</p>	<p>§ 6 <u>Nachhaltigkeit</u></p> <p>1) Der Kreis Warendorf erwirbt keine Einzelwerte von Unternehmen, deren überwiegende Geschäftstätigkeit in den Bereichen geächtete Waffen (Streumunition, Antipersonenminen, Atomwaffen, Bio- und Chemiewaffen) <u>oder Rüstungsgüter nach den Definitionen des Kriegswaffenkontrollgesetzes, sowie Tabak oder Pornografie</u> liegt.</p> <p>2) Der Kreis Warendorf orientiert sich darüber hinaus bei der längerfristigen Kapitalanlage an der Einhaltung ethischer, ökologischer, menschenrechtlicher und demokratischer Standards. <u>Längerfristige Kapitalanlagen in Fonds oder in extern vergebene Vermögensverwaltungsmandate dürfen daher nur erfolgen, wenn Vermögensverwalter, Fondsgesellschaften, Portfoliomanager oder sonstige Dritte auch soziale, ökologische und ethische Nachhaltigkeitskriterien, sogenannte ESG-Kriterien (ESG - Environmental, Social, Governance), in die Entscheidungsfindung einfließen lassen.</u> Entsprechende Nachhaltigkeitskonzepte und die verwendeten Kriterien sind von Vermögensverwaltern, Fondsgesellschaften, Portfoliomanagern oder sonstigen Dritten offenzulegen.</p>
<p>§ 7 Sorgfaltspflichten</p> <p>(1) Die Kapitalanlage hat regelmäßig mit der gebotenen Sachkenntnis und Sorgfalt zu erfolgen. Dies gilt sowohl bei der Direktanlage als auch bei der Beauftragung Dritter. Eine Direktanlage ist nur dann durchzuführen, wenn der Kreis</p>	

alt	neu
<p>die Ertragsaussichten und die Risiken eigenständig bewerten kann. Können Ertragsaussichten und / oder Risiken eigenständig nicht beurteilt werden, sind Dritte einzuschalten. Bei der Auswahl Dritter ist darauf zu achten, dass diese über die erforderliche Sachkenntnis verfügen und erwarten lassen, dass die Kapitalanlage mit der gebotenen Sorgfalt nach dieser Richtlinie vorgenommen wird.</p> <p>(2) Die Entscheidung des Kreises für eine Anlageform ist durch die Verwaltung zu dokumentieren.</p> <p>(3) Alle Konten, Wertpapiere und Depots müssen auf den vollen Namen des Kreises lauten; sie dürfen nicht auf den Namen eines Stelleninhabers oder einer anderen Person ausgestellt werden.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>
<p>§ 8 Kontrolle und Überwachung</p> <p>(1) Das Erreichen der Anlageziele, die Einhaltung der vorgegebenen Anlageformen sowie die Risikosituation der Kapitalanlage werden vom Kreis regelmäßig überwacht.</p> <p>(2) Werden Vermögensverwalter, Fondsgesellschaften, Portfoliomanager oder sonstige Dritte mit der längerfristigen Kapitalanlage beauftragt, ist sicherzustellen, dass der Kreis Warendorf mindestens vierteljährlich Berichte erhält, die zur Ertrags- und Risikosituation sowie zu den Anlageformen Stellung nehmen. Mindestens einmal jährlich sollen die Berichte zudem sämtliche Detailpositionen der Kapitalanlage enthalten.</p> <p>(3) Die Stimmrechtsausübung in Unternehmensorganen wird aus Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen in der Regel nicht – auch nicht durch Beauftragung Dritter – ausgeübt.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>
<p>§ 9 Zuständigkeiten</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>

alt	neu
<p>(1) Zuständig für Anlage und Verwaltung von Kapital sowie für die Kontrolle und Überwachung nach dieser Richtlinie ist die Verwaltung. Die Verwaltung wird unterstützt vom Finanzausschuss, dem ebenfalls die Kontrolle dieser Richtlinie obliegt. Zu diesem Zweck ist dem Finanzausschuss mindestens zweimal jährlich über die Entwicklung der längerfristigen Kapitalanlagen zu unterrichten, was in der Regel im Rahmen des Finanzstatusberichts erfolgt. Einmal jährlich ist die Entwicklung in geeigneter Form dem Kreistag zur Kenntnis zu bringen. Die Verwaltung wirkt bei den Vermögensverwaltern etc. darauf hin, dass dem Finanzausschuss auf Nachfrage sämtliche Detailpositionen der Kapitalanlage vorgelegt werden.</p>	
<p>§ 10 In-Kraft-Treten</p> <p>Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Verabschiedung durch den Kreistag in Kraft.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 138/2022
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Ausweitung des Kapitalstocks

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke, Vertreter der Frankfurter Bankgesellschaft	16.09.2022
Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	23.09.2022
Kreistag Berichterstattung: Herr KD / KK Dr. Funke	28.10.2022

Finanzielle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplan vorgesehen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

für den Finanzausschuss:

Zur Kenntnis (Beratung und Beschlussfassung im nichtöffentlichen Teil, s. Vorlage Nr. 139/2022).

Beschlussvorschlag für den Kreisausschuss und Kreistag:

Die Verwaltung wird auf der Basis des vorliegenden Angebots und der Präsentationen und Beratungen im Finanzausschuss beauftragt, einen Vermögensverwaltungsvertrag mit der Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG abzuschließen und nach Möglichkeit in 2022 je nach Entwicklung der Finanzmärkte wie im Haushaltsplan 2022 veranschlagt bis zu 5,0 Mio. € einzuzahlen.

Erläuterungen:

Zusätzliches Vermögensverwaltungsmandat:

Mit Kreistagsbeschlüssen vom 15.07.2011 (Vorlage Nr. 098/2011) erfolgte die Weichenstellung für den Aufbau des sogenannten Kapitalstocks zur Abfederung späterer Pensionszahlungen. Mit längerfristigen Kapitalanlagen verfolgt der Kreis Warendorf das Ziel, rechtzeitig für bereits eingegangene Pensionsverpflichtungen, die erst künftig liquiditätswirksam werden, Vorsorge zu treffen. Der Kapitalstock baut momentan auf drei Säulen auf.

Auf Grundlage der jährlichen Haushaltsbeschlüsse wurden insgesamt Einzahlungen in Höhe von 36,4 Mio. € in den kvw-Versorgungsfonds sowie in eine Vermögensverwaltung der DZ-Privatbank (vormals WGZ bzw. DZ-Bank) sowie der Baden-Württembergischen Bank (BW-Bank) vorgenommen. Den eingezahlten Beträgen stehen zum 01.08.2022 Vermögenswerte von rd. 39,0 Mio. € gegenüber.

Der Kreis Warendorf hat bei seinen Geldanlagen auf eine ausreichende Sicherheit und einen angemessenen Ertrag zu achten (vgl. § 90 Abs. 2 Satz 2 Gemeindeordnung NRW). Das Kriterium der Sicherheit der Geldanlage wird u. a. durch eine möglichst breite Streuung der Anlagen erzielt. Verankert ist diese Anlagegrundlage in § 5 der Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf, die mit einem Kreistagsbeschluss am 28.10.2022 (Vorlage Nr. 023/2022) nochmals mit Blick auf Nachhaltigkeit aktualisiert werden soll.

Gem. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Ertragssicherung und Risikominimierung der Kapitalanlagen für Versorgungssicherungssysteme“ vom 13.10.2021 und den Kreistagsbeschlüssen vom 29.10.2021 (Vorlage Nr. 241/2021/1) ist die Kreisverwaltung der Aufforderung nachgekommen, die Fortsetzung der Diversifizierung der Kapitalanlagen durch die Anlage weiterer Kapitalstöcke weiter voranzutreiben. Die Kreisverwaltung hat sich im Jahr 2022 intensiv mit den Möglichkeiten des Aufbaus einer vierten Anlagesäule beschäftigt, um die Streuung der Anlagen weiter auszubauen.

Im Juni 2022 wurden mehrere Banken gebeten, Anlagevorschläge für eine Vermögensverwaltung, die den rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechen, abzugeben. Die Angebote wurden - wie bei der dritten Anlagesäule - mit Hilfe einer umfangreichen Bewertungsmatrix ausgewertet. Im Ergebnis schlägt die Verwaltung vor, einen Vermögensverwaltungsvertrag mit der Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG abzuschließen. Die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG ist eine Privatbank/Vollbank mit Sitz in Frankfurt am Main, mit mehreren Niederlassungen in Düsseldorf und Hamburg sowie Büros in München und Saarbrücken und rd. 125 Beschäftigten. Des Weiteren ist sie Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen im Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe und außerordentliches Mitglied im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV).

Das Konzept der Bank überzeugt bei den Auswahlkriterien Sicherheit, Nachhaltigkeit, Streuung, Transparenz und Kostenstruktur. Die Vermögensverwaltung beinhaltet die laufende Überwachung, Anlage und Verwaltung des eingezahlten Vermögens des Kreises Warendorf. Auf der Basis eines Vollmachtvertrages und unter Einhaltung der Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf trifft das Portfoliomanagement des Kreditinstituts selbstständige Anlageentscheidungen.

Der Kreis Warendorf beabsichtigt in diesem Jahr maximal den noch nicht verausgabten Kreishaushaltsansatz von 5,0 Mio. € in den neuen Kapitalstock zu investieren. Unter Berücksichtigung der aktuellen Schwankungen der Finanzmärkte wird die Verwaltung in Abstimmung mit dem Portfoliomanagement entscheiden, zu welchem Zeitpunkt dieser Betrag oder Teilbeträge in diese Anlage eingezahlt werden.

Die näheren Einzelheiten über die Ausgestaltung des Angebots werden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses erläutert (s. Vorlage Nr. 139/2022).

Im nichtöffentlichen Teil können Nachfragen durch die anwesenden Vertreter der Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG zum vorliegenden Angebot beantwortet werden. Unter Ausschluss der Vertreter der Bank soll anschließend nach der Möglichkeit zur weiteren Diskussion der Beschluss zur Vergabe gefasst werden (s. Vorlage Nr. 139/2022).

Über die Entwicklung der Anlage wird die Verwaltung regelmäßig wie bei den drei bestehenden Vermögensanlagen (KVV, DZ Privatbank, BW-Bank) berichten.